

Der U-Ausschuss wirft seine Schatten voraus

Die Grünen haben keinen Einwand gegen den Gegenstand der Untersuchung. Warum es für die ÖVP keinen Sinn hat, dagegenzuhalten.

WIEN. Zahlreiche Fragen zum geplanten U-Ausschuss, in dessen Fokus die ÖVP stehen wird, sind noch ungeklärt. Etwa jene, ob der erste Nationalratspräsident und ÖVP-Politiker Wolfgang Sobotka Vorsitzender wird. Dazu werde man sich zu „gegebener Zeit äußern“, heißt es aus seinem Büro. Offen ist auch die Frage, wie die ÖVP damit umgeht, dass die Grünen sich bereits festgelegt haben, den Antrag der Opposition samt Untersuchungsgegenstand diesmal nicht – wie beim Ibiza-Ausschuss gemeinsam mit der ÖVP – einschränken zu wollen, wie die designierte Fraktionsführerin Nina Tomaselli den SN am Montag betont hat. Man sei derzeit noch in Prüfung und werde dann entscheiden, wie es weitergehe, heißt es aus dem ÖVP-Klub.

Auch wer für die ÖVP im neuen U-Ausschuss sitzen wird, muss erst entschieden werden. Und damit auch, ob Andreas Hanger erneut Fraktionsführer wird. Hinter vorgehaltener Hand heißt es aber, dass man den Antrag nicht anfechten

(und damit den Ausschuss verzögern) werde, da die Erfolgsaussichten gering seien. Ob das Vorpreschen der Grünen negative Auswirkungen auf die Koalition habe? „Nein“, heißt es knapp aus der ÖVP.

„Vonseiten der ÖVP hat es keinen Sinn, da dagegenzuhalten“, sagt

Sobotka müsste von sich aus den Vorsitz abtreten

auch der Leiter des Instituts für Parlamentarismus und frühere ÖVP-Politiker, Werner Zögernitz. Er erinnert daran, dass die Grünen bereits im Ibiza-U-Ausschuss einmal mit der Opposition gestimmt haben. Nämlich als Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) zum dritten Mal geladen wurde. Eine Auskunftsperson kann nur durch einen Mehrheitsbeschluss ein drittes Mal geladen werden. Die Grünen stimmten damals mit SPÖ, Neos und FPÖ gegen die ÖVP.

Bei der Volkspartei war man damals verschnupft, aber sah eben-

falls keine Auswirkungen auf die Koalition. Als koalitionsäres Gegenfoul lud die ÖVP danach Justizministerin Alma Zadić.

Auch bei der Diskussion um den U-Ausschuss-Vorsitzenden kündigt sich die nächste Debatte zwischen ÖVP und Grünen an. Der Vorsitz liegt laut Gesetz beim Nationalratspräsidenten, also bei Sobotka. Er könnte den Vorsitz aber an die Zweite Nationalratspräsidentin abgeben. Auch hier erinnert Zögernitz an frühere Debatten. „Dass der Nationalratspräsident den Vorsitz hat, ist eigentlich ein Kompromiss. Die ÖVP trat einst für einen unabhängigen Vorsitzenden, etwa einen Richter, ein, die SPÖ wollte das nicht, weil es sich um eine politische Aufklärung handelt.“ So hat man sich auf den Nationalratspräsidenten geeinigt. Auf eine mögliche Befangenheit von Vorsitzendem oder Mandataren in U-Ausschüssen nimmt die Geschäftsordnung laut Zögernitz übrigens keine Rücksicht. Sobotka müsste von sich aus den Vorsitz weitergeben. **mars, zim**